Studien zur Migrations- und Integrationspolitik

Cinur Ghaderi

Politische Identität – Ethnizität – Geschlecht

Selbstverortungen politisch aktiver MigrantInnen

Springer VS

Studien zur Migrations- und Integrationspolitik

Herausgegeben von
S. Rother, Freiburg, Deutschland
U. Hunger, Münster, Deutschland
R. Pioch, Kiel, Deutschland

Migration ist einer der zentralen Globalisierungstrends des 21. Jahrhunderts. Entsprechend groß ist das Interesse an Fragen der politischen Regulierung und Gestaltung der weltweiten Migration, den Rechten von Migrantinnen und Migranten und der Integration von der lokalen bis zur globalen Ebene. Die Reihe soll Monographien und Sammelwerke umfassen, die sich theoretisch und empirisch mit den Inhalten, Strukturen und Prozessen lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Migrations- und Integrationspolitik befassen. Die Reihe richtet sich in erster Linie an politikwissenschaftliche Arbeiten, ist aber bewusst offen auch für andere Disziplinen wie die Soziologie, Kommunikationswissenschaft, Ethnologie etc., sofern diese sich mit den politischen Aspekten von Migrations- und Integrationsprozessen befassen. Die Reihe ist insbesondere für herausragende Qualifikationsarbeiten offen.

Herausgegeben von
Stefan Rother
Freiburg, Deutschland

Uwe Hunger
Univ. Münster Inst. f.
Politikwissenschaft
Münster, Deutschland

Roswitha Pioch
Professur f. „Pol. Zusammenhänge
d. Sozialen Arbeit“
Fachhochschule Kiel
Kiel, Deutschland

Cinur Ghaderi

Politische Identität-Ethnizität-Geschlecht

Selbstverortungen politisch aktiver MigrantInnen

Mit einem Geleitwort von Ilse Lenz

Springer VS

Cinur Ghaderi
Bochum, Deutschland

Zgl. Dissertation an der Ruhr-Universität Bochum, 2013
Mit freundlicher Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung

ISBN 978-3-658-05296-6 ISBN 978-3-658-05297-3 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-658-05297-3

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Springer VS
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.springer-vs.de

Für Kamil, Milian und Mina

Geleitwort

Selbstverortungen, Fremdwahrnehmungen und Konvergenzen

Haben wir das allgemeine Wahlrecht in der Bundesrepublik Deutschland? Vermutlich werden die Leser dieses Buches das spontan bejahen, doch gilt diese Aussage uneingeschränkt nur für deutsche Staatsbürger. Aber wie steht es mit den Millionen von MigrantInnen mit ausländischem Pass, die seit langem in der Bundesrepublik wohnen, dort zur Schule gingen, arbeiten und Steuern zahlen? EU-Bürger sind an Kommunalwahlen beteiligt. Andere MigrantInnen sind vom Wahlrecht insgesamt ausgeschlossen und erfahren weitere Barrieren bei der politischen Beteiligung. Diese Lücke verweist auf die demokratietheoretische Problematik, wenn Staatsbürgerschaft und politische Partizipation in Einwanderungsgesellschaften zunehmend auseinandertreten, die sich auch in der Bundesrepublik angesichts der MigrantInnen, insbesondere der jungen Generationen mit ausländischem Pass abzeichnet. Ein großes Verdienst dieser innovativen und spannenden Untersuchung von Cinur Ghaderi liegt darin aufzuzeigen, welche alltäglichen Ausschlüsse in der politischen Partizipation stattfinden, aber auch welche Potentiale für die Demokratie in Deutschland dadurch ignoriert und vernachlässigt werden. Es lässt aufhorchen, dass bei den Befragten dieser Untersuchung das formelle Kriterium der gleichen Rechte sogar gegeben war (fast alle waren eingebürgert), sich dennoch unterschiedliche Chancen der politischen Teilhabe entwickelten. D. h. es ist deutlich geworden, dass es in einer Einwanderungsgesellschaft notwendig ist, jenseits formaler Gleichheit reale Ungleichheiten zu analysieren.

Inzwischen liegen einige quantitative Untersuchungen zur politischen Beteiligung von MigrantInnen vor, die sowohl Barrieren wie auch Chancen der politischen Partizipation aufzeigen. Cinur Ghaderi leuchtet mit ihrer biographischen qualitativen Studie nun erstmals die unterschiedlichen Identitätsentwürfe, Praktiken und Ambivalenzen von politisch aktiven MigrantInnen aus. Sie entwickelt dabei eine Prozessperspektive auf die Veränderungen von Identitäten und dem politischen Verständnis von Ethnizität, Kultur und Geschlecht über den biographischen Verlauf. So wird greifbar, dass Identität keine feste Konstante ist, die einfach aus kultureller, ethnischer und geschlechtlicher Zugehörigkeit abzuleiten wäre. Selbstverortung und Identitätsentwicklung erwachsen aus biographischer

Arbeit und sie verändern sich im Zuge der Verarbeitungen biographischer Erfahrungen über das ganze Leben hinweg.

Die leitenden Forschungsfragen lauten, wie sich Zugehörigkeiten und Vorstellungen von Geschlecht, Nation und Kultur durch migrationsbedingte Identitätsarbeit verändern, wie sich Differenzen und Grenzen im Ethnizitäts- und Geschlechterverhältnis modifizieren und wie sich diese Veränderungen im politischen Bewusstsein und Handeln niederschlagen. Ein Leitkonzept ist die vielfältige Selbstverortung der politisch aktiven MigrantInnen.

Besonders interessant ist, wie sich das Verständnis von Identitätskategorien wie Geschlecht und Ethnizität im biographischen Verlauf ändern kann: Ethnizität im Irak wird von vielen Befragten mit den Erfahrungen von Unrecht verbunden, aber in der Migration vermittelt sie Zugehörigkeit und Unzugehörigkeit. Die rechtliche Integration über die Staatsbürgerschaft allein kann Zugehörigkeit und Integration nicht hinreichend vermitteln, da „soziale Erfahrungen von Stigmatisierung und Ausgrenzung qua Ethnizität, Geschlecht und Körper“ dem widersprechen. Diese Erfahrungen sind nicht durchgängig ausschlaggebend für die wahrgenommene Zugehörigkeit, sondern einige MigrantInnen „erachten eher die persönlichen Werte und Selbstentwürfe als relevant“. Immer wieder werden gängige Stereotypen über KurdInnen widerlegt und die hohe Bedeutung von Selbstentwürfen und Selbstveränderungen, insbesondere die Bildungs- und Partizipationsbestrebungen der befragten MigrantInnen deutlich.

Bei den Geschlechtsentwürfen zeigt sich zum einen eine vorgängige Modernisierung bereits im Irak, zum anderen eine ausgeprägte Vielfalt. Während die kollektive Emanzipation als „Frauensache“ definiert wird und somit sowohl zu deren Verantwortung wie auch Arbeitsbelastung gerinnt, wählt auch eine männliche Minderheit dieses Anliegen als Kernpunkt ihrer Selbstgestaltung. Die Sexualität erscheint als Konfliktfeld.

Neu sind insbesondere die unterschiedlichen Selbstentwürfe von männlichen Migranten. Sie distanzieren sich von dem „Bild eines unflexiblen, seinen Traditionen verhafteten Mannes, eines Patriarchen und Machos, der unfähig ist, selbst flexibel und verändernd zu wirken“, und setzen auf Gleichheit und Selbstentwicklung. Auch andere Studien zeigen, dass migrantische Männer mehrheitlich geschlechterdemokratische Einstellungen vertreten.

Gerne folgt man Cinur Ghaderi bei der Konzentration ihrer Ergebnisse anhand von vier Typen der Selbstverortung. Sie werden umfassend in Bezug auf ihre Zugehörigkeit, Ethnizitäts- und Geschlechtsentwürfe und ihre Handlungsstrategien beschrieben, wobei hier der Reichtum und die innovativen Prozessperspektiven auf die Veränderungen wie Augenöffner wirken. Selbstverortung geschieht in biographischer Arbeit und sie erzeugt ständige Auseinandersetzungen, Vielfalt und Veränderungen. Wer den MigrantInnen auf den hellsichtig und

differenziert nachgezeichneten Wegen der Selbstverortung folgt, wird sehr viel über Andere und sich selbst lernen.

Zugleich wird das Ausmaß der Fremdverortung vonseiten der einheimischen Mehrheit sichtbar, das in den herrschenden Stereotypen zu MigrantInnen weiterhin festzustellen ist. In den Medien zum Beispiel werden migrantische Jungen und Männer oft eben als das repräsentiert, was einige männliche Befragte hier sehr kritisch als den „zurückgebliebenen Kurden und Machomann" bezeichnen. Die Bedeutung von Gleichheit und Autonomie von Frauen ist für diese politisch aktiven Migranten sehr hoch. Insgesamt bestehen in Deutschland weiterhin Wahrnehmungssperren gegenüber repräsentativen Untersuchungen, die etwa feststellen, dass Frauen wie auch Männer mit Migrationshintergrund ein hohes Interesse an Gleichstellung zeigen und dass nur eine Minderheit religiös patriarchalische Einstellungen hat.*

Die Untersuchung von Cinur Ghaderi zeichnet also nicht nur spannend und differenziert die verschiedenen Identitätsentwürfe und Selbstverortungen von MigrantInnen aus Kurdistan nach, sondern sie gibt eine weitere Grundlage, sich mit Fremdbildern und Ausgrenzungen gerade von gleichheitlich orientierten MigrantInnen in Deutschland auseinanderzusetzen. Insgesamt bietet sie die Chance, ihre in sich unterschiedlichen Selbstverortungen wahrzunehmen, vor diesem Hintergrund einheimische Stereotypen zu hinterfragen und zu Konvergenzen zu kommen: Denn wenn das Andere wie auch das Eigene im Anderen anerkannt werden können, können Gemeinsamkeiten entstehen und wachsen. So stellt die Studie heute schon ein Standardwerk für die subjektiven Potentiale von politisch aktiven MigrantInnen für Demokratie in Deutschland vor dem Hintergrund wechselwirkender Ungleichheiten nach Ethnizität, Klasse und Geschlecht dar.

Ilse Lenz

* (vgl. etwa http://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/fileadmin/Redaktion/Institute/Sozialwissenschaften/BF/Lehre/WiSe11_12/Migration_Bildung/DCV_Prasentation_Druck.pdf).

Vorbemerkung

Das Thema der vorliegenden Publikation, der politischen Identität von MigrantInnen, kommt wissenschaftlich und gesellschaftspolitisch eine hohe Bedeutung zu. Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind statistisch gesehen in politischen Organisationen nach wie vor unterrepräsentiert, wenn auch gerade in den letzten Jahren ein klarer Zusatz zu verzeichnen ist. Mein Forschungsinteresse galt hierbei weniger den statistischen Häufigkeiten, sondern der biographische Genese, der aktuellen Kontextualisierung, der subjektiven Bedeutung und Begründung des politischen Engagements und ein möglicherweise beschriebener Wandel von Zugehörigkeiten und Wertorientierungen.

Dieses Thema ist zugleich sehr persönlich: Ich bin 1970 im Irak geboren, zu einer Zeit als es einen Aufstand der KurdInnen gegen das Baath-Regime unter Saddam Hussein gab. Mein Vater war politisch aktiv, im Monat meiner Geburt überlebte er nur knapp ein Attentat in Bagdad. 1975, als der Aufstand zusammenbrach, flüchtete unsere Familie zunächst in den Iran, später weiter nach Deutschland. Ich bin also auch Migrantin. Und ich fokussiere das Thema auf Entwürfe von Ethnizität und Geschlecht, denn offensichtlich haben mich zu Beginn der Forschungsarbeit meine kurdische und weibliche Herkunft und Fragen nach der Zukunft meines politischen Handelns in Deutschland beschäftigt.

Der Satz „Das Persönliche ist politisch und das Politische ist persönlich“ war mir nie fremd, sondern ein wesentlicher Teil meiner wahrgenommenen Wirklichkeit. Diese Erfahrung hat mich mein Leben lang begleitet, ob als Tochter politischer Flüchtlinge mit kurdischer und weiblicher Herkunft, als Psychotherapeutin, die mit MigrantInnen gearbeitet hat oder als berufstätige Mutter. Daher sehe ich diese Forschung nicht als Privatangelegenheit, sie ist eine Auseinandersetzung mit der Frage der politischen Identität und Perspektive in einer Einwanderungsgesellschaft, die zum Teil mit dem Willen und den Potentialen der Akteure zu tun hat, zu anderen Teilen mit Aushandlungsprozessen, die sich in vorgegebenen Strukturen vollziehen.

In dieser Zeit der Suche nach Antworten haben mich zahlreiche Menschen unterstützt, bei denen ich mich ganz herzlich bedanken möchte: Den InterviewpartnerInnen, die mir ihr Vertrauen geschenkt und dieses Forschungsvorhaben durch ihre Bereitschaft zu den Interviews erst ermöglicht haben. Bei Prof. Dr. Ilse Lenz, meiner Doktormutter, die mich von Anfang an bei meinem For-

schungsvorhaben motiviert hat und mich durch ihr Fachwissen und ihren geistreichen Anregungen darin unterstützt hat, die Forschungsfragen zu fokussieren und die Antworten immer wieder kritisch und wissenschaftlich zu hinterfragen. Prof. Dr. Jürgen Straub für die Erstellung des Zweitgutachtens und seiner präzisen und konstruktiven Rückmeldung. Prof. Dr. Ursula Apitzsch als Vertrauensdozentin und für sehr anregende fachspezifische Gespräche. Prof. Dr. Birgit Leyendecker, die nicht nur über die Bildungsverläufe von Kindern aus zugewanderten Familien forscht, sondern meinen direkt beeinflusst hat. Den TeilnehmerInnen des Kolloquiums für Geschlechterforschung für den jahrelangen wertvollen Austausch. Besonderen Dank für Lernerfahrungen möchte ich hierbei richten an Dr. Charlotte Ullrich, Susanne Eyssen, Susanne Grimm, Dr. Lisa Mense, Marziyeh Bakhshizadeh und Eva Wegrzyn. Außerhalb des Kolloquiums Dank für geduldiges Lesen von Rohfassungen an Eva van Keuk, Dima Zito, Dr. Rebekka Ehret, Shuan Ghaderi und Natascha Kozlowski-Ueter. Für den Ehrgeiz der perfekten formalen Darstellung Dr. Tuana Ghaderi. Für das wiederholte Ermahnen trotz wissenschaftlicher Sprache verständlich zu schreiben bei Ciya Karim. Dietrich Einert für seine wertvolle Unterstützung als Mentor in der Endphase. Zahlreichen Personen (Annette Windgasse, Gönül Babat,…), die ich nicht alle namentlich nennen kann, in beruflichen Zusammenhängen (das Psychosoziale Zentrum für Flüchtlinge Düsseldorf!), im Freundeskreis und in der Großfamilie, die durch ihre Nachfragen verhindert haben, dass ich vorzeitig abbreche und aufgebe und mit denen ich jeweils unterschiedliche Geschichten teile. Die Wurzeln der Kraft haben gelegt: meine Eltern, Muhamad Aziz in Kurdistan alias Arian Ghaderi in Deutschland, Shirin Mustafa in Kurdistan alias Fatima Ghaderi, und an mich unbeirrt geglaubt haben meine Geschwister Tara, Ciya, Shuan, Tuana und Darius. Meiner Schwägerin Baji danke ich mehr, als Worte sagen können. Meinem Mann Kamil Basergan danke ich für seine beständige und liebevolle Unterstützung und meinen Kindern Milian und Mina u. a. dafür, dass sie mich durch ihre humorvoll-intelligenten Kommentare immer wieder von den Höhen der Theorien auf den Boden des Lebens zurückgebracht haben. Nicht zuletzt danke ich der Hans-Böckler-Stiftung für das Promotionsstipendium und der materiellen und ideellen Förderung.

Düsseldorf, im Oktober 2013

Inhaltsverzeichnis

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis 19

1 Einführung 21
1.1 Gesellschaftspolitische und wissenschaftliche Dimensionen des Themas 22
1.2 Präzisierung der Forschungsfragen 30
1.3 Aufbau der Arbeit 32

2 Theoretische Perspektiven: Soziologische Verortung 35
2.1 Politisches Handeln 37
2.1.1 Erklärungsansätze für politisches Handeln 39
2.1.2 Erklärungsansätze für politisches Handeln von MigrantInnen . 54
2.1.3 Die Kategorie Geschlecht und das politische Handeln von MigrantInnen 61
2.2 Identität 63
2.2.1 Identität – Historizität, Konturen und Konstruktionen 63
2.2.2 Identitätstheorien und politisches Handeln 77
2.3 Ethnizität 88
2.4 Geschlecht 100
2.5 Zusammenführung der theoretischen Perspektiven 118

3 KurdInnen – Geopolitische und identitätstheoretische Verortung 121
3.1 KurdInnen im Irak 122
3.1.1 Zahlen und Demographie 122
3.1.2 Kurdische Geschichte im Irak zwischen Widerstand und Genozid 122
3.1.3 Die neue KurdInnenfrage zwischen Konsolidierung und Korruption 131
3.2 KurdInnen in Deutschland 135
3.2.1 Zahlen und Demographie 135
3.2.2 Geschichte der Migration irakischer KurdInnen nach Deutschland 138
3.2.3 Politische Aktivität irakischer KurdInnen in Deutschland 141

3.3 Kurdische Identität und Ethnizität 144
3.3.1 Perzeption von KurdInnen in der Wissenschaft 145
3.3.2 Kurdische Identität in Irakisch-Kurdistan: Kurdayeti, Kurdistaneyti 148
3.3.3 Kurdische Identität und Ethnizität in der Migrationsforschung 151
3.4 Kurdische Geschlechterverhältnisse 162
3.4.1 Kurdish gender studies 164
3.4.2 Kurdische Geschlechterverhältnisse während der Baath-Zeit 167
3.4.3 Kurdische Geschlechterverhältnisse und die Post-Saddam-Ära 169
3.4.3.1 Gender-basierte Gewalt 170
3.4.3.2 Frauenrechte zwischen Ehre, Sharia und Säkularismus 172
3.4.3.3 Geschlecht, Ethnizität, Klasse: Anfal und symbolische Gewalt 175
3.4.4 Frauenbewegungen in Irakisch-Kurdistan 180
3.4.5 Kurdische Geschlechterverhältnisse und die Migration 186

4 Methodik 195
4.1 Methodische Vorgehensweise 195
4.2 Die Rekrutierung von InterviewpartnerInnen 199
4.3 Die Gewinnung und Aufarbeitung der Daten 204
4.4 Die Auswertung der Daten 209
4.5 Methodologische Betrachtungen zur Insider-, Outsiderfrage 214

5 Politische Identität 219
5.1 Momente der Genese der politischen Identität: „Die Regierung hat aus dir Opposition gemacht“ 220
5.1.1 Erlebte Gewalt und Ungleichheit 220
5.1.2 Handeln zwischen Widerstand und Anpassung 221
5.2 Momente des Entry: Motivationen und Handlungsspielräume 223
5.3 Momente des Exit: Grenzen, Flucht und Migration – Sicherheit und Emanzipation 228
5.4 Erster Eindruck in Deutschland 233
5.4.1 Bewunderung und Befremden im neuen, demokratischen System 234
5.4.2 Diskrepanz zwischen Imaginationen und Realität 236
5.4.3 Interaktionen zwischen Desinteresse und Dignität 236

5.4.4 Wahrnehmung von Geschlechterverhältnissen ... 238
5.5 Artikulationen von politischen Themen ... 239
5.5.1 Thematisierungen ... 240
5.5.2 Politische Entwicklungen in Kurdistan ... 240
5.5.3 Kurdische Identität in Deutschland ... 242
5.5.4 Geschlecht als Thema der politischen Arbeit ... 242
5.6 Politische Motivfelder und Handlungsperspektiven ... 243
5.6.1 Visionen für Kurdistan ... 243
5.6.2 Visionen für KurdInnen in Deutschland ... 244
5.6.3 Engagement in deutschen Parteien ... 245

6 Ethnizitätsentwürfe ... 247
6.1 Gewaltsame Ethnisierung als konstitutives Element ... 248
6.2 Ethnizitätsentwürfe zwischen Homogenisierung und Differenzierung ... 249
6.3 Ethnizitätsentwürfe zwischen Kontinuität und Transformation ... 250
6.4 Erfahrungen zwischen Zugehörigkeit und Unzugehörigkeit ... 253
6.4.1 Zugehörigkeit über soziale Einbindung ... 253
6.4.2 Grenzen der Zugehörigkeit – ethnisierende Geschlechter- und Körpernormen ... 256
6.5 Bedeutung von Religion und Nation für Ethnizitätsentwürfe ... 260
6.6 Relevanz der Ethnizitätsentwürfe für politisches Handeln ... 267
6.7 Zusammenfassung ... 269

7 Geschlechterentwürfe ... 271
7.1 Die durch die Migration veränderte Sicht auf Geschlechterverhältnisse ... 271
7.1.1 Kontinuität der egalitären Sichtweise ... 272
7.1.2 Kontinuität der traditionellen Sichtweise ... 277
7.1.3 Transformation und Differenzierung der Sichtweisen ... 279
7.1.4 Beispiel Heirat und Beziehung ... 282
7.1.5 Beispiel Jungfräulichkeit ... 287
7.2 Begründungen und Legitimationen von Geschlechter(un)gleichheiten ... 293
7.3 Geschlecht und politisches Handeln ... 298
7.3.1 Relevanz des Geschlechts für politisches Handeln ... 298
7.3.2 Geschlecht als Thema politischen Handelns ... 305
7.4 Zusammenfassung ... 314

8 Charakterisierung der gebildeten Typen 317
8.1 Typ 1: Tradiert-zentrierte Selbstverortung 317
8.1.1 Selbstverortung 318
8.1.2 Ethnizität 325
8.1.3 Geschlecht 325
8.1.4 Politisches Handeln 328
8.1.5 Zusammenfassung 328
8.2 Typ 2: Selbst-zentrierte Selbstverortung 330
8.2.1 Selbstverortung 331
8.2.2 Ethnizität 333
8.2.3 Geschlecht 335
8.2.4 Politisches Handeln 339
8.2.5 Zusammenfassung 345
8.3 Typ 3: Hybrid-dezentrierte Selbstverortung 348
8.3.1 Selbstverortung 348
8.3.2 Ethnizität 351
8.3.3 Geschlecht 354
8.3.4 Politisches Handeln 356
8.3.5 Zusammenfassung 358
8.4 Typ 4: Humanistisch-dezentrierte Selbstverortung 359
8.4.1 Selbstverortung 360
8.4.2 Ethnizität 365
8.4.3 Geschlecht 366
8.4.4 Politisches Handeln 369
8.4.5 Zusammenfassung 376
8.5 Typenvergleich 379
8.5.1 Selbstverortung zwischen Individualisierung und Gemeinschaftsorientierung 379
8.5.2 Strategien zwischen biographischer Kontinuität und migrationsbedingten Diskontinuitäten 383
8.5.3 Politisches Handeln zwischen Integration und Transformation 384

9 Abschließende Betrachtungen 389

Literaturverzeichnis 395

Anhang 423
Anhang 1: Interviewleitfaden 423
Anhang 2: Postscript-Formular 427

Anhang 3: Einverständniserklärung 427
Anhang 4: Soziodemographischer Fragebogen 428
Anhang 5: Vorlage für Fallexzerpt 429
Anhang 6: Bedeutung der Pseudonyme 430
Anhang 7: Karte von Irakisch-Kurdistan 431

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Politische Partizipation 46
Abbildung 2: Theoretisches Modell der bürgerlichen Aktivität von MigrantInnen 58
Abbildung 3: Typenvergleich 385
Abbildung 4: Typenvergleich nach Kapitalvolumen und Wertorientierung ... 387

Tabelle 1: Beispiel Gesprächsleitfaden 197
Tabelle 2: Übersicht über die Respondenten 201
Tabelle 3: Typenvergleich nach Kapitalvolumen 386
Tabelle 4: Typenvergleich nach Individualisierung – Gemeinschaftsorientierung 387

1 Einführung

Gesellschaftliche Integrationsprozesse in modernen Demokratien des 21. Jahrhunderts bedürfen einer intensiven Auseinandersetzung mit dem politischen Handeln von Einwandernden. In diesem Kontext wurde in Deutschland die Frage nach der politischen Integration lange unter der Perspektive des Nationalstaats und der Forderung der Anpassung der Einwandernden an die Mehrheitsgesellschaft diskutiert.

In der geistes- und sozialwissenschaftlichen Diskussion zeichnet sich ein Wandel ab: Es wird zunehmend sowohl nach den strukturellen Bedingungen und der Beschaffenheit von Machtverhältnissen als auch nach den Einzelnen in diesen Prozessen gefragt, wenn es darum geht, Dimensionen politischer Integration zu erforschen. Diesen Suchbewegungen schließe ich mich an und frage nach den Identitäts- und Subjektivierungsprozessen politisch handelnder MigrantInnen am Beispiel von KurdInnen aus dem Irak[1] und zeichne dabei insbesondere ihre Entwürfe zu „Geschlecht" und „Ethnizität" nach. Diese beiden Kategorien hebe ich als ungleichheitsgenerierende Kategorien hervor. Gerade auf der Mikroebene kann untersucht werden, wie Menschen ihre Identitäten aufgrund von Werten, Normen, Repräsentationen und Erfahrungen formen und verändern, in Interaktionen darstellen und dabei mit komplexen Ungleichheiten umgehen, sich diese aneignen oder widersetzen.

Die vorliegende Untersuchung von Identitätsentwürfen politisch aktiver MigrantInnen berührt damit auf verschiedenen Ebenen aktuelle gesellschaftspolitische Themen, wie etwa die politische Integration von MigrantInnen sowie Fragen von Gemeinsamkeiten, Differenzen (Imbusch/ Rucht 2005) sowie Bedingungen des Zusammenhalts von Gesellschaften, die sich, wie Deutschhland, als wertplural, religiös und kulturell heterogen verstehen bzw. verstehen möchten (Imbusch/ Heitmeyer 2008; 2012).

1 Konkret sind damit Erwachsene der ersten Generation gemeint, also solche, die selbst als Erwachsene nach Deutschland migriert bzw. geflüchtet sind.

C. Ghaderi, *Politische Identität-Ethnizität-Geschlecht,* Studien zur Migrations- und Integrationspolitik, DOI 10.1007/978-3-658-05297-3_1,
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

1.1 Gesellschaftspolitische und wissenschaftliche Dimensionen des Themas

In nahezu allen etablierten Demokratien ist die gesellschaftliche Integration von EinwanderInnen und deren Folgegenerationen während der letzten drei Jahrzehnte zu einem wichtigen Kernthema geworden. Deutschland gehört zu den Ländern, in denen diese Diskussion in den letzten Jahren zugenommen hat, insbesondere durch die stark steigende Zahl deutscher Staatsangehöriger mit Einwanderungsgeschichte. Von entscheidender Relevanz für Einwanderungsprozesse ist dabei die politische Dimension (Wüst 2011; Vogel 2008). Die politische Identität und Aktivität von MigrantInnen aus Konfliktregionen hat daher eine zentrale gesellschaftspolitische Bedeutung gewonnen, gerade auch vor dem Hintergrund eines tief greifenden gesellschaftlichen Wandels durch Globalisierung, Individualisierung sowie der Entstehung transkultureller, transnationaler und transstaatlicher Räume in der Migration. Ebenso zeigen die gegenwärtigen politischen Umwälzungen und unmittelbaren Fluchtbewegungen aus den Konfliktregionen des arabischen Raumes und des nördlichen Afrika einmal mehr, dass die Auseinandersetzung mit und Erforschung der politischen Identität und des Handelns von FluchtmigrantInnen der ersten Generation, keine ‚Geschichtsforschung' an einer alten, verlorenen Generation ist, sondern dass es diese Gruppe immer wieder neu geben wird und ihre politische Integration ein aktuelles Thema bleibt.

Die Debatten im öffentlichen Raum oszillieren zwischen vereinfachenden homogenisierenden und kulturalisierenden Differenzthesen und Universalismus. Mal gelten politisch aktive MigrantInnen als hybrid, transnational und kosmopolitisch, mal werden sie mit negativen Konnotationen behaftet, da sie ein Bedrohungspotential oder noch integrationsbedürftig seien. Begründet wird die angenommene Bedrohung beispielsweise mit Annahmen zu ihren vermeintlich konträren Vorstellungen von Geschlechterverhältnissen und ihren, trotz langem Aufenthalt, bestehenden Loyalitäten zum Herkunftsland.[2] Damit verbunden ist die Sichtweise, dass heimatlandorientiertes Engagement von MigrantInnen die Integration im Aufnahmeland hemme, während das Engagement für die hiesigen Zustände als Indiz eines erfolgreichen Integrationsprozesses betrachtet wird.

Mit Cyrus (2008) kann die Auffassung, die politische Integration von MigrantInnen tendenziell als das Ergebnis eines einseitigen Anpassungsprozesses an die Aufnahmegesellschaft zu definieren und diese Anpassung als Kriterium zur Bewertung ihres Integrationspotentials zu wählen, jedoch kritisiert werden. Zum einen liegt dieser Betrachtungsweise ein statisches, anachronistisches Konzept von Integration zugrunde, zum anderen verbinden in der Praxis die meisten

2 Nach Ludger Pries gelten MigrantInnenorganisationen „entweder als Ausdruck gescheiterter Integration und als Akteure von Segregation der Migranten oder sie werden als Instrumente zur Integration in die Ankunftsgesellschaft betrachtet" (2010: 10).

Selbstorganisationen heimatland- und aufnahmelandbezogenes Engagement. Als Kriterium zur Messung von politischer Integration kann die Heimatorientierung daher nicht taugen.

Ich halte es dagegen, einem Vorschlag von Cyrus (2008: 8f.) folgend, für sinnvoll, zum einen das formelle Kriterium der gleichen Rechte und Chancen in politischen Entscheidungsprozessen, zum anderen das substanzielle Kriterium, ob diese auch in Anspruch genommen werden, heranzuziehen. Gerade das letztere Kriterium als Indikator heranzuziehen macht es notwendig, jenseits formaler Gleichheit reale Ungleichheiten genauer zu analysieren.

Ein dynamisches Verständnis von Integration scheint unabdingbar für Einwanderungsgesellschaften mit zunehmender Diversität. MigrantInnen müssen ihre Verschiedenheit und Vielzahl partikulärer Identitäten beibehalten und gleichzeitig akzeptierte Mitglieder der Gesellschaft sein können. In diesem beidseitigen Integrationsprozess kommt es zu Veränderungen auf Seiten der EinwanderInnen wie in der Kultur und Struktur der Aufnahmegesellschaft. An einer solch flexiblen Auslegung von Integration hat es in der wissenschaftlichen Forschung lange Zeit gemangelt. Das politische Engagement von MigrantInnen wurde von einem nationalstaatlichen Rahmen aus betrachtet, in dessen angenommene homogene Beschaffenheit sich die Einwandernden mehr oder weniger gut einfügen sollen, bis sie unsichtbar werden und integriert sind.

Forschungen über die politische Aktivität von MigrantInnen fragten in dieser Zeit aus einer verengten polarisierenden Sicht zumeist nach der Integrations- bzw. Desintegrationsfunktion von Migrationsselbstorganisationen (Esser 1986; Esser et al. 1998). Erst in den vergangenen Jahren wurde die Sicht erweitert und nach der zivilgesellschaftlichen Bedeutung des politischen Engagements von MigrantInnen und ihrer Organisationen gefragt (Jungk 2001; Klein et al. 2004), nach der Bildung von Netzwerken und Sozialkapital (Thränhardt 2000, 2005) und neuerdings auch nach „politischem Kapital“ (Gottschlich 2008), das sowohl die Politik des Residenzlandes als auch die der jeweiligen Heimat als einflussreiche Wählerkollektive beeinflussen kann.

Die Skepsis gegenüber politisch aktiven MigrantInnen rührt aus der Annahme, dass Staatsbürgerschaft[3] und Identität eng miteinander verknüpft sind und politische Partizipation die politische Identifikation im Sinne von Gemeinschaftsglauben voraussetzt. Die formale Mitgliedschaft zu einer Staatsbürgerschaft spielt hier weniger eine Rolle als das subjektive Zugehörigkeitsgefühl. MigrantInnen und ethnische Minderheiten, die bei ihren politischen Aktivitäten nicht von den Zuständen ihres Residenzlandes geleitet werden, sondern vom

3 T.H. Marshall (1949/1992) hat für Staatsbürgerschaft den klassischen mehrdimensionalen Begriff von „citizenship“ etabliert. Er differenziert zwischen den drei Sphären der bürgerlichen, politischen und sozialen Rechte und Pflichten, die citizenship definieren.

Phänomen eines fernen Nationalismus (Wald 2008)[4], und deren Blick und Loyalitäten auf die reale oder imaginierte Heimat gerichtet ist (Anderson 1992), stellen eine Herausforderung für den Nationalstaat und die traditionellen Definitionen von Citizenship (im Sinne T.H. Marshalls) dar.

Die modernen Citizenship Studies, die sich seit etwa einem Jahrzehnt in den Sozialwissenschaften als eigenständiges Feld etabliert haben, problematisieren zum einen, dass der Staat nicht die entscheidende Institution der Legitimation von Rechten sein muss, und zum anderen bringen sie neue Diskurse um Menschenrechte, Anerkennung und Umverteilung in die Debatte ein (Mackert 2006).

Die Forderungen von MigrantInnen und ethnischen Minderheiten wirken sich demzufolge auf zwei Ebenen aus: Nach außen hin führen sie als „postnational challenge" zu einer Schwächung staatlicher Souveränität und intern als „multicultural challenge" zu einer größeren kulturellen Differenzierung (Koopmann/ Paul 1999: 652-696; Koopmann et al. 2005; Koopmann 2010: 55-95).

Andere theoretische Herangehensweisen betonen dagegen den Anachronismus der weiter bestehenden Bedeutung der Staatsangehörigkeit in Verbindung mit dem Nationalstaat, da sich politische Fragen immer weniger an Territorien zu orientieren scheinen. Sie befürworten die Sichtweise des postnational citizenship, welche die politische Identität von der nationalen Zugehörigkeit abkoppelt (Soysal 1994; Isin/ Turner 2002).

Für die vorliegende Studie sind insbesondere die jüngsten Entwicklungen innerhalb der Citizenship Studies weiterführend, die die Kategorie Geschlecht berücksichtigen. Beim Konzept des Sexual Citizenship (Mackert 2006: 107f.) wird Staatsbürgerschaft als vergeschlechtlichtes Konstrukt gefasst, wonach der Körper, die Sexualität und die Geschlechtszugehörigkeit der StaatsbürgerInnen nicht nur privaten, sondern auch öffentlichen Charakter haben. Für Angehörige von Minderheiten, seien sie ethnisch oder geschlechtlich definiert, zeigen sich vergleichbare Dynamiken von Exklusion (Kronauer 2010: 24-58; Kronauer 2006).

Sowohl die post-nationalen als auch die Sexual-Citizenship-Ansätze konzeptualisieren Staatsbürgerschaft nicht über eine gemeinsame nationale Identität und die damit implizierten Rechte. Sie begreifen sie als einen sozialen Prozess, der mit einem Ringen um Umverteilung und Anerkennung einhergeht und bei dem eine Vielzahl konkurrierender Identitäten strategisch von ihren RepräsentantInnen ins Feld geführt werden, um daraus Ansprüche zu erheben, Einfluss auf Politik zu nehmen bzw. Ungleichheiten auszugleichen.

4 Wald (2008) weist am Beispiel jüdischer MigrantInnen, arabischer ChristInnen und arabischer MuslimInnen in den USA die Tendenz nach, dass sie in ihrem Denken und Verhalten die Priorität auf das Herkunftsland legen.

Diese Diskurse zeigen, dass es bei der Frage der politischen Integration von MigrantInnen im Einwanderungsland Deutschland um mehr als bloße Maßnahmen zur Integration geht. Aus politikwissenschaftlicher und philosophischer Sicht betrachtet, geht es nicht zuletzt um die politische Legitimität, die der demokratische Staat für sich beansprucht. Wenn das demokratische Volk keine ethnische Gemeinschaft ist – und nicht alle BürgerInnen zu *ethnos* gehören als eine historische Sitten- und Schicksalsgemeinschaft, sondern das Volk *demos*[5] ist als die mit demokratischen Rechten ausgestattete Gesamtheit aller BürgerInnen –, dann gilt es als Herausforderung, die Barrieren für politische Partizipation so gering wie möglich zu halten, um nicht integrationshemmende Segregationsschwellen zu schaffen.

Neben dieser normativen Begründung eines möglichen Legitimationsdefizits einer politischen Gemeinschaft gibt es noch einen funktionalen und einen symbolischen Begründungszusammenhang. Der funktionale Begründungszusammenhang bezieht sich auf die notwendige Kommunikation, Information und Konsultation mit und von EinwanderInnen und deren RepräsentantInnen für politische Entscheidungsträger, um ein funktionierendes Zusammenleben zu gewährleisten. Der symbolische Begründungszusammenhang verweist auf die Notwendigkeit der sichtbaren Repräsentation und faktischen Einbeziehung von EinwanderInnen in Entscheidungsprozesse für die Förderung der Zugehörigkeit und Identifikation mit den politischen Normen und Werten einer politischen Gemeinschaft (vgl. Cyrus/ Vogel 2008: 12-19).

Eine langsame Integration und Anpassung der Einwanderungsrealität auf politischer Ebene lassen sich mittlerweile nachweisen. Zum einen erkennen die Volksparteien die Unterrepräsentanz von EinwanderInnen als Mitglieder und in der Führungsebene als Problem an.[6] Zum anderen sind MigrantInnen und ihre Nachkommen inzwischen in Deutschland zu politischen AkteurInnen geworden und ihre parlamentarische Präsenz ist seit dem Jahr 1990 stark angestiegen: Es gibt insgesamt 65 Abgeordnete mit Einwanderungsgeschichte im Bundestag, in den Länderparlamenten und im Europaparlament (Stand März 2011).[7] Noch eindeutiger ist der Anstieg auf der Ebene der Stadträte festzustellen: „Gab es in den zwischen 2001 und März 2006 gewählten Stadträten 116 Ratsmitglieder mit

5 Apitzsch verweist auf einen interessanten Wandel der Verwendung der Begriffe ethnos und demos: "Although 'ethnicity' ist derived from the Greek word ethnos […]. In his Politics, Aristotle distinguished between the ethnos, the native citizens of Athens, and the demos, the rest of the population. In the contemporary world, the meanings of these terms in everyday usage have been reversed: 'ethnics' are always the others, and the autochthonous population does not think of itself as an ethnic group" (Apitzsch 2012: 54).

6 Zum Beispiel stellte die SPD im Jahr 2010 einen „Erneuerungsbedarf" und die CDU einen „Nachholbedarf" fest (vgl. unter 1. und 2. im Internetverzeichnis)

7 Diese Angaben beziehen sich auf deutsche Abgeordnete.

Migrationshintergrund, so ist in den zwischen September 2006 und März 2011 gewählten Räten ihre Zahl auf 198, also um 71%, gestiegen“ (Schönwälder et al. 2011: 23).

Doch die Zahl der Abgeordneten mit Migrationshintergrund entspricht bei weitem nicht dem Bevölkerungsanteil: So haben nur 4 % der insgesamt 4670 Ratsmitglieder eine Migrationsgeschichte, während ihr Anteil in der Wahlbevölkerung in den Großstädten bei 13 bis 20 Prozent und ihr Anteil an der Bevölkerung in diesen Städten bei bis zu 40% liegt (Schönwälder et al 2011: 17f.).

Überraschenderweise sind ein relativ hoher Anteil dieser gewählten PolitikerInnen in deutschen Parlamenten Frauen, allein in Nordrhein-Westfalen sind es mit 37 Frauen 44% und damit ein höherer Anteil als unter den Abgeordneten insgesamt (Schönwälder 2010: 35). Gleichzeitig sind Frauen in den Migrationsselbstorganisationen und in Frauenorganisationen der Mehrheitsgesellschaft noch unterrepräsentiert.[8]

Nicht nur in Bezug auf Geschlecht, sondern auch bei Ethnizität gibt es gegenläufige Entwicklungen. So sind die gewählten PolitikerInnen größtenteils türkeistämmig (38%), wobei diese Gruppe in der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte nur etwa 20 Prozent ausmacht und unter den Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2009 nicht einmal 10 Prozent ausmachte. Die starke Präsenz der türkeistämmigen PolitikerInnen, unter denen auch zahlreiche KurdInnen sind, begründet Schönwälder (2010: 34) u. a. mit ihrer persönlichen Motivation und Ambition, mit ihrer Politisierung als Gruppe aufgrund der politischen Entwicklungen in der Türkei, ferner durch die starke stützenden Community-Strukturen und schließlich durch das Interesse der politischen Parteien, türkeistämmige KandidatInnen aufzustellen. Dennoch sind die Gründe für die Unterschiede in der politischen Mobilität und entsprechender Präsenz zwischen verschiedenen MigrantInnengruppen noch wenig erforscht. Darüber hinaus ist es trotz der Mobilisierungspotentiale diskussionswürdig, ob die parlamentarische Repräsentation von definierten Gruppen tatsächlich ein KönigInnenweg in einer pluralen Gesellschaft ist oder nicht gar zur Ethnisierung und Kulturalisierung beiträgt, wenn TürkInnen für TürkInnen, KurdInnen für KurdInnen, Frauen für Frauen Politik machen.

Weiterhin gehören die gewählten PolitikerInnen zumeist der ersten Generation an. Allerdings ist die Zahl der Abgeordneten der zweiten MigrantInnen-Generation in den vergangenen Jahren tendenziell angestiegen. Dabei fungieren

8 Ausführlich sind die Ergebnisse einer Studie zu Migrantinnenorganisationen in Deutschland online einzusehen. [vgl. unter 3. im Internetverzeichnis]

MigrantInnen bisher nicht nur als Abgeordnete, sondern auch als WählerInnen und KandidatInnen meist politisch linksgerichteter Parteien (Wüst 2011).[9]

Fest steht, dass die politische Integration und Beteiligung von MigrantInnen offiziell von allen politischen Parteien[10] grundsätzlich als wünschenswertes integrationspolitisches Ziel gewertet und entsprechend als dieses in offiziellen Dokumenten auf nationaler und europäischer Ebene verabschiedet wird. [11]

Zu diesen offiziellen Dokumenten gehört auf nationaler Ebene z. B. der Nationale Integrationsplan.[12] Auffällig ist hier der Fokus auf die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von MigrantInnen und der freiwilligen Selbstverpflichtung ihrer Organisationen in Zusammenhang mit politischer Integration.[13]

Trotz dieser Willensbekundungen gibt es einen Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Denn, unabhängig von der theoriegeleiteten Diskussion um politische Staatsbürgerschaft, zeigt ein Blick in Statistiken, Medien und Öffentlichkeit, dass MigrantInnen in der bundesrepublikanischen Politiklandschaft

9 Wüst interpretiert diese Affinität der MigrantInnen mit den politisch vertretenen Parteipositionen damit, dass die traditionell linken Themen soziale Gerechtigkeit und politische Integration in der SPD, den Grünen und der Linkspartei nicht an ethnisch-kulturellen Grenzen Halt machen, während sich die bürgerlichen Parteien hier sichtlich schwerer täten. Hierbei konnte in den bisherigen Studien nicht hinreichend geklärt werden, ob diese Unterrepräsentation der MigrantInnen bei den bürgerlichen Parteien ein Selektionseffekt der Parteien selbst ist oder ein Effekt mangelnder Nachfrage (Wüst/ Heinz 2009: 201-218).

10 Eine Ausnahme bilden rechte Parteien.

11 Beispielsweise gibt es auf europäischer Ebene den Bericht über den „Stand der Demokratie in Europa und die besonderen Herausforderungen durch Verschiedenheit und Migration“ (2008). [vgl. unter 4. im Internetverzeichnis]

12 Nationaler Integrationsplan 2010 [vgl. unter 5. im Internetverzeichnis]

13 Die Forschungsdiskurse weisen eine zunehmende Differenzierung der Perspektiven auf die Frage der politischen Integration von MigrantInnen auf. Das zeigt sich auch an der begrifflichen Differenzierung, die Cyrus macht zwischen a) der politischen Partizipation, b) dem politischen Engagement und c) der politischen Integration. Politische Integration definiert er dabei wie folgt:

„*Politische Integration* […] betont, dass Integration von Einwanderinnen und Einwanderern ein komplexer Prozess der Eingliederung in mehrere gesellschaftliche Bereiche ist. Neben der rechtlichen, sozialen und kulturellen gibt es auch die politische Integration, die wiederum vier Dimensionen umfasst:

1. Die Rechte, die Einwanderinnen und Einwanderern von der Aufnahmegesellschaft gewährt werden.
2. Das Interesse von Einwanderinnen und Einwanderern an der und die Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft.
3. Die Übernahme demokratischer Normen und Werte durch die Einwanderinnen und Einwanderer.
4. Die Partizipation, Mobilisierung und Repräsentation von Einwanderinnen und Einwanderern im politischen Bereich“ (Cyrus 2008: 3).

zwar präsent, aber immer noch deutlich unterrepräsentiert sind.[14] Ferner zeigen mediale Bilder eine „sichtbare Herkunft" über Haut- und Haarfarbe, aber sagen wenig über die Staatsangehörigkeit und die Möglichkeiten und Begrenzungen politischer Partizipation und Integration aus.

Deutlich wird an den bisherigen Ausführungen, dass vereinfachende Annahmen von Integration mit dem pathologischen Gegenpol Desintegration nicht ausreichend das Verhältnis von Individuen in komplexen modernen Gesellschaften erfassen können: Zum Beispiel kann eine Person zwar die deutsche Staatsangehörigkeit und damit Teilhaberechte haben, ebenso ein Interesse an Politik bekunden, gleichzeitig aber aus dem politischen Diskurs aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse oder mangelnder zeitlicher und finanzieller Ressourcen ausgeschlossen sein. Gerade auf der Individualebene zeigen sich gleichzeitige Ein- und Ausschlüsse in verschiedenen Bereichen, die wiederum Aufschluss geben über strukturelle Bedingungen der Gesellschaft.[15] Das Einbringen der Begriffe *Inklusion* und *Exklusion* ermöglicht einen tieferen theoretischen Zugang. Mit einem sensibilisierten Blick auf die politische Integration von MigrantInnen zeigen sich mögliche Differenzierungen sowohl in der tatsächlichen Aktivität als auch in der Repräsentation dieser Aktivität in der öffentlichen Wahrnehmung. Lenz (2006, 2009) stellt Prozesse der Inklusion bzw. Exklusion in Abhängigkeit von den Kategorien Geschlecht und Ethnizität als ein komplexes System von Abstufungen vor, die sie neben materielles Kapital und Bildung auch für die Bereiche Anerkennung und Politik ausführt (Lenz 2006: 21ff.).

Bei den aktuellen Bestandsaufnahmen und Debatten über Exklusionstendenzen in Verbindung mit politischen Repräsentationsproblemen werden Arme und MigrantInnen als Hauptbetroffene identifiziert (z. B. bei Linden/ Thaa 2009).

Diese soziologischen Perspektiven weisen in der Integrationsdiskussion zu Recht auf strukturelle Defizite hin. Ob eine Beseitigung der strukturellen Barrieren und Ungleichheiten u. a. in Sprache und Bildung Schlüssel erfolgreicher politischer Integration sein kann, wird vor allem aus dem Blickwinkel der Politikwissenschaft kritisch betrachtet. In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, dass sich Machtbereiche von Gesellschaften nicht automatisch öffnen,

14 Für diese mediale Unterrepräsentanz kann es unterschiedliche Begründungen geben. Sie kann mit Segregationsschwellen zusammenhängen, aber auch mit öffentlichen Diskursen und mit in den Medien verbreiteten Bildern von politischen MigrantInnen, die nur einen Teil der vielschichtigen Realität wiedergeben.

15 Nassehi kritisiert den Ruf nach Totalintegration oder die Forderung nach Inklusion in allen gesellschaftlichen Teilbereichen und sieht die Notwendigkeit, die Theorien der funktionalen Differenzierung mit denen der sozialen Ungleichheit zu verbinden und den soziostrukturellen Ort der sozialen Ungleichheit in Wechselseitigkeit von Exklusionen und Inklusionen zu bestimmen (Nassehi 2008: 185- 189).

wie die Erfahrung von Frauen in etablierten Demokratien zeige. Eine Fokussierung auf soziale Ungleichheit in dieser Frage sei, so Wüst, vereinfachend, denn es geht um mehr: Es gilt Fragen der Akkulturation zu diskutieren, jene der eingewanderten Minderheit, aber auch jene der alt eingesessenen Mehrheitsgesellschaft. Normatives Ziel hier müsse eine Gesamtgesellschaft sein. Die politische Integration von MigrantInnen leistet deshalb einen nicht zu unterschätzenden Beitrag im Rahmen des Akkulturationsprozesses von Mehrheit und Minderheiten. Hierzu bedarf es jedoch einer veränderten Wahrnehmung von MigrantInnen nicht nur als Objekte von Politik, sondern als (potenzielle) Subjekte, die Inhalte und Themen in der Politik mitbestimmen und mitentscheiden – als WählerInnen und gewählte VertreterInnen (Wüst 2009).

Den Blick auf MigrantInnen als potentielle WählerInnen zu lenken, ist sicher spannend, kann jedoch aus der Perspektive der Ungleichheitssoziologie nicht befriedigen, da er z. B. ausblendet, wie im Nationalstaat „WählerInnen“ und „Nicht-WählerInnen“ wie Illegalisierte[16] über die jeweilige Migrationspolitik definiert werden. Ebenso kann der Verweis auf das Beispiel von Frauen in der Politik weniger als ein Beleg dafür dienen, dass soziale Gleichheit nicht ausreicht für Repräsentanz, sondern vielmehr dafür, wie Geschlecht – ebenso wie Ethnizität, Klasse u. a. – als Kategorien sozialer und politischer Ungleichheit fungieren und für Begrenzungen sorgen. Diese Grenzen sind jedoch nicht statisch, sie werden von politisch Handelnden in Frage gestellt und verändert, wie es z. B. die Studien zu Migrantinnenbewegungen (Schwenken 2006) oder widerständige Subjektstrategien (Rodríguez 1999; Castro Varela 2007) belegen.

Den Fokus auf die Subjektperspektive zu richten, impliziert in dieser Forschungsarbeit, auf die Nahtstelle zwischen Subjekt und Gesellschaft zu schauen und zu untersuchen, welche typischen Handlungs- und Identitätsstrategien Subjekte wählen oder erfinden, welche strukturellen und gesellschaftlichen Aspekte sie dabei beeinflussen, welchen Inklusionen und Exklusionen sie dabei gegenüberstehen, wie sie sich diese aneignen oder wie sie sich ihnen widersetzen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten:

- Es gibt die gesellschaftspolitische Erkenntnis, dass Integrationsprozesse moderner Demokratien einer intensiven Auseinandersetzung mit der politischen Integration von EinwandererInnen und deren Folgegenerationen bedürfen.

16 In Anlehnung an Helen Schwenken (2006) verwende ich hier den Begriff der „Illegalisierten“, die damit auf die Herstellung von Illegalität der irregulären MigrantInnen durch staatliche Politiken hinweist.

- Diese Frage ist in Deutschland lange unter der Perspektive des Nationalstaats und der Forderung der Anpassung der EinwandererInnen an die Mehrheitsgesellschaft diskutiert worden.
- Es zeigt sich ein Wandel der wissenschaftlichen Diskussion weg von der polarisierenden Frage von Integrations- bzw. Desintegrationstendenzen hin zu der Frage des politischen Kapitals der MigrantInnen für die Herkunfts- und Aufnahmegesellschaft und der Notwendigkeit ihrer Teilhabe an einer demokratischen Gesellschaft.
- Es gibt die Tendenz, die Frage der politischen Integration im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Machtverteilung und strukturellen Defiziten zu diskutieren, wodurch die Heterogenität der MigrantInnen (mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft und Wahlrecht, verschiedene Migrationsströme und Herkunftsländer, Generationen; Geschlechter, soziale Lage usw.) sichtbarer wird.
- Es gibt zwar interessante Ansätze, inwiefern die Kategorie Geschlecht mit politischer Integration in Migrationsprozessen zusammenhängt, jedoch fehlen relevante Anhaltspunkte für eine tiefergehende Analyse des Zusammenhangs.
- Es gibt die Tendenz, die Frage der politischen Integration aus der Objekt- in die Subjektperspektive zu überführen und daher insbesondere nach Identitäts- und Subjektivierungsprozessen der politisch handelnden MigrantInnen zu fragen.

Ausgehend von der hier skizzierten gesellschaftspolitischen und wissenschaftlichen Relevanz des Themas der politischen Integration von MigrantInnen und der Bedeutung der Subjektperspektive parallel zu strukturellen Aspekten werden im Folgenden die Forschungsfragen präzisiert.

1.2 Präzisierung der Forschungsfragen

Die leitende Fragestellung der Studie lautet daher: Wie rekonstruieren politisch aktive kurdische MigrantInnen ihre bisherige politisierte biographische Entwicklung und welche handlungsrelevanten Zukunftsvisionen entwickeln sie daraus? Dabei ist von besonderem Interesse, erstens, ob und wie sich auf der Ebene der Subjekte national-kulturelle Wertvorstellungen durch migrationsbedingte Identitätsveränderungsprozesse modifizieren. Zweitens, ist hierbei zu prüfen, wie sich Differenzen und Grenzen im Ethnizitäts- und Geschlechterverhältnis verschieben bzw. sogar neu konstituieren. An der empirischen Bestimmung solcher Konstitutionen und ihrer Bedeutung setzt das Dissertationsvorhaben an. Gefragt wird

nach Veränderungsprozessen, die zu (Um-) Deutungen und Verschiebungen ethnischer und geschlechtlicher Zugehörigkeiten und kultureller Selbstverortung führen können und die sich vor allem im politischen Bewusstsein und Handeln niederschlagen.

Forschungsleitende Fragen, die sich konkret ergeben, sind:

1. Wie beschreiben und begründen politisch aktive kurdische MigrantInnen ihre bisherige politisierte biographische Entwicklung und welche handlungsrelevanten Zukunftsvisionen erwachsen daraus?
2. Wie verschieben sich Differenzen und Grenzen im Ethnizitäts- und Geschlechterverständnis? Welche Veränderungen der nationalen Identität und der Wahrnehmung von Geschlechterverhältnissen lassen sich beobachten? Inwiefern haben mögliche Änderungen der Ethnizitäts- und Geschlechterentwürfe Relevanz für subjektive Strategien politischen Handelns?
3. Wie verorten sich die politisch aktiven KurdInnen selbst? Wie begründen sie ihr Handeln, welche Identifizierungen präsentieren sie und welche Zukunftsvisionen verfolgen sie? Worauf beziehen sie sich bei ihren Begründungen für ihr politisches Handeln – auf Begrenzungen durch gesellschaftliche Strukturen, auf ihre Lebensentwürfe oder politischen Ideale?
4. Welche Subjektstrategien politisch aktiver MigrantInnen zeigen sich in dieser Studie?

Methodischer Zugang zu Forschungsfragen

Um den Forschungsfragen nachzugehen, habe ich mich für die Methode der qualitativen Sozialforschung entschieden und strukturierte Tiefeninterviews durchgeführt (vgl. Kapitel 4). Dabei stelle ich die Heterogenität und Subjektivität der MigrantInnen in den Vordergrund und bemühe mich zudem, durch eine erweiterte Perspektive einen „methodologischen Nationalismus“ (Beck 2006) zu vermeiden, indem ich Fragen nicht nur auf das Aufnahmeland beziehe, sondern diesbezüglich auch die gesamte biographische Entwicklung und die aktuellen Intentionen und Interessen, die sich auch auf das Herkunftsland beziehen können, berücksichtige.

Das für diese Untersuchung in den Blick genommene Sample besteht aus kurdischen MigrantInnen aus dem Irak, die ehemals in Kurdistan bzw. im Irak politisch aktiv waren. In Deutschland haben sie sich für verschiedene politische Orientierungen und die Mitgliedschaft in unterschiedlichen politischen Parteien und Organisationen (deutsche Parteien, kurdisch-nationale Parteien, islamisch-

orientierte Parteien u. a.)[17] entschieden. Ihnen gemeinsam ist, dass sie aus einer Konfliktregion kommen, in der ihre Identität wesentlich geprägt war von ihrer ethnischen und geschlechtlichen Zugehörigkeit[18], d. h. ihren ethnisierten Gewalterlebnissen als KurdInnen unter der Saddam-Diktatur und zugleich einem Leben in einer aufgrund traditioneller und religiöser Werte strikt geschlechtlich separierten Gesellschaft.

Ethnizität und Geschlecht sind für die Identität und das Handeln dieser Personen relevante Kategorien: Neben den Erfahrungen von als bedroht erlebter ethnischer Zugehörigkeit sind sie beeinflusst von ihrer Position in einer autoritär-patriarchal-islamischen Gesellschaftsordnung mit dem damit verbundenen Ehrenkodex und den Auseinandersetzungen mit dem Islam. In Deutschland leben sie nun in einer Gesellschaft, in der konträre Wertvorstellungen maßgeblich sind.

Die Studie untersucht, ob und wenn ja, inwiefern es zu Veränderungen ihrer ethnischen und geschlechtlichen Identitäten und national-kulturellen Wertvorstellungen gekommen ist. Im Fokus stehen Selbstverortungen und der Wandel von Vorstellungen in Bezug auf Ethnizität und Geschlechterverhältnisse und ob diese möglicherweise einhergehen mit (verändertem) politischem Handeln.

1.3 Aufbau der Arbeit

Der Aufbau der Arbeit spiegelt die wissenschaftlichen Suchbewegungen, die ich als Forscherin bei der Suche nach einer angemessenen Antwort auf die Frage der politischen Identität und des Handelns der MigrantInnen vollzogen habe. Insgesamt gliedert sich die Arbeit in folgende Abschnitte:

In *Kapitel 2* werden diejenigen soziologischen Theorien nachgezeichnet, die für die vorliegende Studie Relevanz haben. Mein Forschungsinteresse gilt dabei der Frage, was unter politischem Handeln zu verstehen ist (Kapitel 2.1). Die Erklärungsansätze für politisches Handeln werden in Bezug auf MigrantInnen und hinsichtlich der Bedeutung der Kategorie Geschlecht vertieft behandelt. Da Identität als wesentliche Determinante auch in der Diskussion über politische aktive MigrantInnen diskutiert und ebenso in dieser Arbeit thematisiert wird, beschäftigt sich das Kapitel 2.2 zudem mit der Entstehung und Entwicklung des Identitätsbegriffs in der Soziologie. Dabei wird die Relevanz der Identitätskategorien Ethnizität (Kapitel 2.3) und Geschlecht (2.4) offensichtlich. Im Anschluss zeige ich auf, inwieweit Identitätstheorien politisches Handeln erklären können.

17 Übersicht siehe Methodenkapitel 4.2

18 Die kurdisch-kanadische Wissenschaftlerin Shahrazad Mojab spricht in diesem Zusammenhang von „genocide and gendercide“ (Mojab 2003). Ausführlich gehe ich in dieser Arbeit in Kapitel 3.4 ein.

Herangezogen werden für diese Betrachtungen Identitätstheorien aus sozialpsychologischer, geschlechtersoziologischer, postkolonialer und intersektioneller Perspektive. Abschließend wird in dem Kapitel 2.5 politisches Handeln aus handlungstheoretischer und identitätstheoretischer Perspektive diskutiert. Im *Kapitel 3* folgen die politisch-historische Hintergrundanalyse und anschließend der soziologische Forschungsstand zum Thema KurdInnen. Diese Hintergrundanalyse ist unerlässlich, da sich die InterviewpartnerInnen auf Ereignisse und Zusammenhänge der Vergangenheit beziehen, die ohne diese Informationen nicht nachvollziehbar sind. Der zweite Teil dieses dritten Kapitels befasst sich aus der soziologischen Perspektive mit kurdischer Identität mit dem Fokus auf die beiden Kategorien Ethnizität und Geschlecht. Es wird danach gefragt, ob es veränderte Vorstellungen kurdischer Identität, Ethnizität und von Geschlechterverhältnissen in der Migration gibt und ob diese in diversen Forschungsprojekten festgestellten Veränderungen Konsequenzen gehabt haben für das Handeln politisch aktiver KurdInnen in Deutschland. Es wird danach gefragt, welche Erwartungen sich aus diesem Forschungsstand für die Empirie in dieser Arbeit formulieren lassen. Im *Kapitel 4* wird die methodische Vorgehensweise bei dieser empirischen Studie detailliert dargestellt. In den folgenden *Kapiteln 5 – 8* werden die für die oben genannten Forschungsfragen relevanten Ergebnisse der empirischen Untersuchung dargelegt. Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt zum einen über eine Querschnittsanalyse der politischen Identität (Kapitel 5), der Ethnizitätsentwürfe (Kapitel 6) und der Geschlechterentwürfe (Kapitel 7), zum anderen über die Beschreibung von vier Typen der Selbstverortung und deren Vergleich (Kapitel 8).

Die abschließenden Betrachtungen in *Kapitel 9* führen die empirischen Ergebnisse zurück auf den theoretischen Eingangsteil. Dieses Schlusskapitel fasst die Erkenntnisse und Schlussfolgerungen zusammen und schaut auf Perspektiven.